



Sicherheitspolitisches Dialogforum: Wilhelm Sandrisser, Friedrich Forsthuber, Christian Mertens, Innenminister Wolfgang Sobotka, Stefan Karner, Kurt Scholz.

Sozialer Friede – Sicherheit

Experten diskutierten am 31. August 2017 im Bundesministerium für Inneres mit Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „15. JULI 27“.

Eine Lehre aus dem 15. Juli 1927 ist: Wir müssen Spaltungstendenzen in der Gesellschaft rechtzeitig erkennen und gemeinsam dagegen vorgehen“, sagte Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka beim Dialogforum Sicherheitspolitik anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „15. JULI 27: Ursachen – Ereignis – Folgen“ im Bundesministerium für Inneres.

Zu den einschneidendsten Tagen der Ersten Republik gehört der 15. Juli 1927: Der Tag, an dem es zu gewaltsamen Ausschreitungen kam. Der Tag, an dem der Justizpalast in Brand gesetzt wurde. Der Tag, an dem die Polizei eingriff und von Schusswaffen Gebrauch machte. Erst nach zwei Tagen herrschte wieder Ruhe in der Stadt. Die Bilanz: 89 Tote und Hunderte Schwerverletzte. Man sprach damals von den „Schreckenstagen von Wien“.

Mit Minister Sobotka diskutierten Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Karner, Gründer und Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, der Präsident des Landesgerichts für Strafsachen Wien Mag. Friedrich Forsthuber, Mag. Christian Mertens, Wissenschaftler in der Wienbibliothek im Wiener Rathaus und Mitherausgeber des Sammelbands „Justizpalast in Flammen“ sowie der ehemalige Stadtschulratspräsident und Vorsitzende des Zukunftsfonds der Republik Österreich Dr. Kurt Scholz.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Wilhelm Sandrisser, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll) im Bundesministerium für Inneres. Im Anschluss daran eröffnete Innenminister Wolfgang Sobotka die Ausstellung.

Mehr Freiheit. Mehr Sicherheit. Das Innenministerium wolle mit seiner Sicherheitsdoktrin „Mehr Freiheit. Mehr Sicherheit“ zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden in Österreich beitragen. Beide seien in der Ersten Republik nicht entsprechend gegeben gewesen. „Daraus wollen wir lernen und Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft ziehen“, erläuterte Gruppenleiter Sandrisser, warum sich das Innenministerium mit der Thematik beschäftige.

„Erstmals in einer Ausstellung werden die Ursachen, Ereignisse und Folgen des 15. Juli 1927 gezeigt“, sagte Stefan Karner zum Konzept der Ausstellung. „Die sachliche, ausgewogene Darstellung der Zusammenhänge und unterschiedlichen Sichtweisen ist uns sehr wichtig“, betonte der wissen-



Eröffnung der Ausstellung „15. JULI 27“: Innenminister Wolfgang Sobotka, Stefan Karner, Wilhelm Sandrissner, Friedrich Forsthuber.

schaftliche Schirmherr der Ausstellung. Der 15. Juli 1927 sei im letzten Jahrhundert der Anfang vom Ende Österreichs gewesen. Dabei gebe es unterschiedliche Ursachen für die gewalttätigen Auseinandersetzungen. Zu berücksichtigen seien etwa die Formierung von paramilitärischen Wehrverbänden, die zunehmende Polarisierung in der Politik oder die mangelhafte staatliche Unterstützung von Erwerbslosen. „Wir wollen mit unserer Ausstellung zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur beitragen und vor allem junge Menschen für einen respektvollen Umgang miteinander sensibilisieren“, betonte Karner.

Im Schattendorf-Prozess von 5. bis 14. Juli 1927 wurden die angeklagten drei Mitglieder des rechten Frontkämpferverbandes von den Geschworenen überraschend freigesprochen, erläuterte Friedrich Forsthuber. Sie waren angeklagt, am 30. Jänner 1927 bei Zusammenstößen mit dem sozialistischen Schutzbund in der burgenländischen Gemeinde Schattendorf Schüsse abgegeben zu haben, die einen Kriegsinvaliden und ein Kind töteten. Der Präsident des Wiener Straflandesgerichts stellte den Prozess mit Kollegen 2012 im Großen Schwurgerichtssaal nach. Dafür studierten sie den umfangreichen Akteninhalt. Laut dem fundierten Schussgutachten kamen die tödlichen Schüsse ausschließlich aus dem Schrotgewehr des Drittangeklagten Johann Pinter. Forsthuber wies darauf hin, dass die im Schattendorf-Prozess zur Eventualfrage beim Erst- und Drittangeklagten erzielte einfache Mehrheit von 7:5 Stimmen für

einen Schuldspruch (der 8 von 12 Stimmen erfordert hätte) nicht ausreichte und die Berufsrichter das freisprechende Urteil nicht aussetzen konnten. „Das Hauptproblem war, dass das Urteil der Geschworenen – wie auch heute noch – ohne Begründung verkündet wird und vor allem deshalb nicht nachvollziehbar war beziehungsweise von vielen Sozialdemokraten als Klassenjustiz fehlinterpretiert wurde“, sagte Forsthuber. Die Aufregung darüber mündete tags darauf im Justizpalastbrand. „Zwar reicht heute eine einfache Mehrheit für einen Schuldspruch der nun acht Geschworenen und ist die Urteilsaussetzung durch die Berufsrichter jetzt auch bei Freispruch möglich, das größte rechtsstaatliche Manko der fehlenden Begründung ist aber bei der alleinigen Entscheidung von Laien nicht zu beheben“, ergänzte Forsthuber. Er setze sich deshalb für den Ersatz der Geschworenen durch verstärkte Schöffengerichte ein, bei denen Berufs- und Laienrichterinnen und -richter gemeinsam über die Schuld entscheiden. Erst dann würden auch diese Urteile transparent und umfassend begründet sein.

Die unterschiedliche Rezeption der Juli-Ereignisse zeige ihre Bedeutung für die Geschichte Österreichs, sagte Christian Mertens. In Zeitungen und im Parlament sei auf den 15. Juli in gegensätzlicher Weise eingegangen worden. Die Ereignisse polarisierten auch innerhalb der Parteien. Im Nationalratswahlkampf 1930 sei etwa auf Plakaten sehr stark auf den 15. Juli 1927 Bezug genommen worden. In der Literatur hätten die

„Schreckenstage von Wien“ auch zu wesentlichen Werken beigetragen. Mertens nannte die Titel „Masse und Macht“ und „Die Blendung“ von Elias Canetti. Auch in Werke von Manès Sperber, Karl Kraus und Heimito von Doderer hätten die Ereignisse Eingang gefunden.

„Das Vergangene ist nie ganz vergangen, irgendwo lebt es weiter“, sagte Kurt Scholz. Die Wunde des 15. Juli schmerze immer noch, nicht zuletzt im familiären Kontext. Das treffe etwa auf den ehemaligen Bundesminister Josef Ostermayer zu, der der Großneffe des in Schattendorf erschossenen Kindes Josef Grössing ist. Die Ausstellung zeige, wie man sich einem solch schwierigen Thema sachlich angemessen nähern könne. Sie sei daher etwa insbesondere für Polizeischülerinnen und Polizeischüler eine wichtige Möglichkeit zu lernen. Als Repräsentanten des Rechtsstaats bei den Demonstrationen von morgen müssten diese die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften garantieren, aber auch durchsetzen. Der Schutz von Demonstrationen sei zugleich Schutz von wichtigen Grund- und Freiheitsrechten. Das erfordere auch entsprechenden Respekt gegenüber Polizistinnen und Polizisten. „Regeln sind Regeln, das gilt für alle“, betonte Kurt Scholz.

„Kann etwas wie der 15. Juli 1927 wieder passieren?“, fragte Innenminister Sobotka, der in diesem Zusammenhang auf die besondere Problemsituation in der Ersten Republik einging. Nach dem Ersten Weltkrieg wären etwa viele Waffen verfügbar gewesen. Heute sei der Waffenhandel viel stärker reguliert. Damals sei die Gesellschaft in drei Lager gespalten und das Lagerdenken vorherrschend gewesen. Die Parteien hätten sich paramilitärischer Wehrverbände bedient. „Zudem haben damals nur wenige an Österreich geglaubt. Das Nationalbewusstsein war kaum ausgeprägt“, sagte der Minister.

Als eine Lehre aus der Geschichte müsse man das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit hochhalten, wofür es vor allem eine unabhängige Justiz brauche. Zudem könne man heute im Unterschied zur Ersten Republik „auf eine gefestigte, starke Polizei bauen, die effizient mit spontanen Herausforderungen umgehen kann.“ Diese suche vor allem den Dialog und agiere deeskalierend.

Florian Hahn